

»Wir machen das Unrecht weiter zum Thema«

Linke im Bundestag fordert Rehabilitierung von Opfern des 1972 ergangenen »Radikalenerlasses«. Ein Gespräch mit Karin Binder

Die Initiativgruppe »40 Jahre Radikalenerlaß« wird an diesem Donnerstag mit einigen Abgeordneten Ihrer Fraktion zu einem Gespräch in Berlin zusammenkommen und mit diesen über Möglichkeiten ihrer Rehabilitierung diskutieren. Warum ist eine gesellschaftspolitische Diskussion über den vor mittlerweile mehr als vier Jahrzehnten beschlossenen »Radikalenerlaß« heute überhaupt noch notwendig?

Tausende Menschen sind in der Bundesrepublik Opfer des sogenannten Radikalenerlasses geworden. Die staatliche Repression traf nicht nur die in unserer Gesellschaft oft geschmähten Kommunisten, sie traf auch linke Gewerkschafter, Antifaschisten, Pazifisten und auch einige linke Sozialdemokraten. Dies ging für die Betroffenen in der Regel mit einer weitgehenden gesellschaftlichen Ächtung einher.



Karin Binder ist eine der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen der Linksfraktion im Bundestag

Etliche, die damals mittels Berufsverbot kaltgestellt wurden, waren übrigens im Widerstand gegen den deutschen Faschismus aktiv. Oder sie stammten wie etwa Silvia Gingold, Tochter der antifaschistischen Widerstandskämpfer und engagierten Kommunisten Ettie und Peter Gingold, aus traditionsreichen kommunistischen Elternhäusern.

Man muß sich die Familiengeschichte der Gingolds mal vor Augen halten.

Die jüdischen Großeltern von Silvia Gingold mußten vor den Nazis fliehen. Die Eltern riskierten im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben. Eine Schwester und ein Bruder Peter Gingolds wurden in den Gaskammern von Auschwitz ermordet. Und Silvia Gingold wird allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom hessischen Verwaltungsgerichtshof zur »Verfassungsfeindin« gestempelt und letztendlich mit Berufsverbot belegt.

Das vielfache Unrecht, das politischen Menschen wie der Familie Gingold zugefügt wurde, muß endlich beendet werden. Eine Wiedergutmachung muß zumindest versucht werden. Deshalb ist diese Debatte dringend notwendig und noch immer hochaktuell. Das belegt nicht nur dieser Fall.

Haben Sie auch aktuelle Beispiele staatlicher Verfolgung?

Leider schon. Ich will auf den Fall des Heidelberger Realschullehrers

Michael Csaszκόczy verweisen, den die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen im Jahr 2004 aufgrund seines antifaschistischen Engagements mit Berufsverbot belegten. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst von den Gerichten endgültig aufgehoben, so daß er nunmehr auch tatsächlich unterrichten kann.

Wie macht sich Ihre Fraktion für die Opfer von Berufsverboten und staatlicher Kriminalisierung stark?

Die Linke war schon immer ein verlässlicher Ansprechpartner für die Betroffenen. Wir haben in der Vergangenheit Anträge im Bundestag eingebracht, um den Staat und unsere Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen, sich für das begangene staatliche Unrecht zu entschuldigen und die Opfer zu rehabilitieren wie auch finanziell zu entschädigen. Neben einer juristischen Aufarbeitung dieser antikommunistischen Hetze darf auch nicht vergessen werden, welche gesellschaftspolitischen

Auswirkungen der »Radikalenerlaß« in Westdeutschland hatte. Während die politische Rechte Karriere machte – bis weit hinein in den öffentlichen Dienst, Polizei, Politik, Medien und Ministerien – wurde fortschrittliches, antifaschistisches, soziales, linkes Gedankengut ausgesperrt. Dieser Zustand trägt seinen Anteil an vielen Problemen unserer Gesellschaft. Wenn ich etwa an das Vorgehen der Behörden in Sachen »NSU« und neofaschistischen Terrorismus denke. Ein derart ausgeprägtes Verharmlosen der rechtsextremistischen Szene mit der entsprechenden Tatenlosigkeit und dadurch geleisteten Unterstützung wäre in den letzten Jahrzehnten kaum möglich gewesen, wenn es mehr Linke und kritische Beschäftigte im Staatsdienst und in den wichtigen Institutionen gegeben hätte. Wir werden das begangene staatliche Unrecht daher immer wieder zum Thema machen – auch im Bundestag.

Interview: Markus Bernhardt